

EDITORIAL

❖ Der 8. August 2008 könnte sich in das historische Gedächtnis der Europäer brennen. An diesem Tag wurde der gefrorene Konflikt um Südossetien zu einem heißen Fünf-Tage-Krieg zwischen Russland und Georgien. Unter den Augen der russischen „Friedenstruppen“ hatten in der abtrünnigen Provinz Südossetien deren Milizen immer wieder georgische Dörfer mit Mörsern beschossen, die nach den Waffenstillstandsvereinbarungen von Anfang der 1990er-Jahre verboten waren. Georgiens impulsiver Präsident Michail Saakaschwili verlor die Nerven, als er von russischen Verstärkungen erfuhr, und ordnete den Beschuss von Südossetiens Hauptstadt Zschinwali an. Georgiens Armee drang in Südossetien ein. Die russische Führung entschied sich für eine harsche Reaktion. Russische Truppen vertrieben die Georgier aus Südossetien, drangen in georgisches Kernland vor und zerstörten die militärische Infrastruktur. Der georgische Präsident hatte zuvor einen einseitigen Waffenstillstand angeordnet. Dank der Vermittlung durch EU-Ratspräsident Nicolas Sarkozy kam es nach fünf Tagen zu einer Waffenstillstandsvereinbarung.

Bundeskanzlerin Angela Merkel war gut beraten, als sie in ihren Gesprächen mit Russland und Georgiens Präsidenten in Sotschi und Tiflis darauf bestand, nicht die komplizierte Entstehungsgeschichte dieses Konfliktes zu ergründen, sondern den Blick auf Chancen zu seiner dauerhaften Auflösung zu richten.

Bei diesem Konflikt im Südkaufkasus ging es nicht nur um Georgien. Es geht um die politische Gestaltungskraft Europas, es geht um die Beziehungen zwischen der Europäischen Union und den Vereinigten Staaten von Amerika, und vor allem geht es um die Politik der Europäer und Amerikaner gegenüber dem



ökonomisch und militärisch erstarckten Russland. Die russische Führung unter Präsident Dmitri Medwedjew hatte ihre Truppen in Bewegung gesetzt, um ihre russischen Landsleute in Südossetien zu schützen. Russische Minderheiten gibt es in allen postsowjetischen Ländern, die in der politischen Sprache Russlands heute als „nahes Ausland“ bezeichnet werden. Estland und Lettland haben über dreißig Prozent Staatsbürger mit russischen Pässen, in der Ukraine sind es dreizehn Prozent, in Kasachstan 38 Prozent, in Georgien nur 7,5 Prozent. Russland hat mit dieser Militäraktion gegen ein kleines Land die Furcht seiner Nachbarn vor den russischen Mitbürgern im eigenen Land verschärft. Dies wiederum erschwert es den jeweiligen Regierungen, eine den EU-Standards entsprechende Minderheitspolitik zu entwickeln. Wenn der russische Außenminister Sergej Lavrov die völkerrechtlich anerkannten Grenzen Georgiens mit den Worten infrage stellt: „Das Gerede über die territoriale Unversehrtheit Georgiens kann man vergessen“, dann kann man die Fragilität des Waffenstillstandes ebenso erkennen wie die Schwierigkeiten der EU, eine gemeinsame Russlandpolitik zu erarbeiten. Washington hingegen, eindringlichster Anwalt für die NATO-Mitgliedschaft Georgiens, fühlt sich von der russischen Führung düpiert und sieht in dem Georgien-Feldzug eine Renaissance des russischen Imperialismus, der eklatante Verletzungen des Völkerrechts in Kauf nimmt. Die Wunden, die der 8. August in Georgien gerissen hat, werden so schnell nicht vernarben. ❖

Wolfgang Bergdorf